

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/152

11. August 1976

Wir werden es schaffen!

-----  
Die SPD in der heißen Phase des Bundestags-  
wahlkampfes

Von Albert Osswald MdL  
Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender  
von Hessen

Seite 1 / 40 Zeilen

Bekämpfung der Steuerkriminalität macht Fortschritte

-----  
Steuertäterkartell wird auf Bundesebene eingerichtet

Von Dr. Hubert Weber MdB  
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 2 / 25 Zeilen

Der CDU-Major und das Soldatengesetz

-----  
Notwendige Hinweise für den Verteidigungs-  
sprecher Wörner

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hauptallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 406  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 26 37 - 36  
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 6611  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Wir werden es schaffen!  
-----

Die SPD in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes

Von Albert Osswald MdL

Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender von Hessen

Vor vier Jahren haben die Sozialdemokraten den größten Wahlsieg in ihrer mehr als 100jährigen Geschichte errungen. Wenn sie jetzt erneut mit Mut, Zuversicht und Kampfwillen in den Wahlkampf gehen, dann erinnern sie sich an 1972. Damals forderten sie: Willy Brandt muß Kanzler bleiben! Und Willy Brandt blieb Kanzler, weil die Sozialdemokraten gemeinsam kämpften. Heute stehen sie geschlossen hinter Helmut Schmidt. Sie werden wieder kämpfen, und ich bin sicher: Wir werden es wieder schaffen. Helmut Schmidt wird Bundeskanzler bleiben.

Helmut Schmidt hat dieses Land sicher aus der tiefsten wirtschaftlichen Rezession der Nachkriegszeit herausgeführt. Er bürgt für soziale Sicherheit und soziales Wachstum in Stabilität. Er hat soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Fortschritt zu einem Modell vereinigt, das heute in der Welt Anerkennung findet. Hinter diesen Leistungen steht die geeinte Kraft der Sozialdemokratie. Sie sind das Überzeugende Ergebnis von sieben Jahren erfolgreicher Regierungsführung dieser Partei. In dieser Zeit haben sie die schädlichen Folgen einer allzu langen konservativen Regierungsperiode überwunden.

Drei Kernpunkte sozialdemokratischer Reformpolitik sind besonders hervorzuheben: 1/ Die von Willy Brandt begonnene Friedenspolitik. Sie war die Voraussetzung für die Entspannung zwischen den Blöcken und die Wiedernäherung der Völker Europas. An der Richtigkeit dieser Politik ändern sich nichts die verabscheuungswerten Störversuche mancher Kräfte der DDR, die nur zu gern wieder auf Feuer erhöhter Spannungen ihr Süppchen kochen möchten. 2/ Die vorbildliche Sozialpolitik von Walter Arendt. Er hat vor allem für die Arbeitnehmer in unserem Lande ein Netz der sozialen Sicherung geschaffen, das seine Probe unter schwierigsten Bedingungen erfolgreich bestanden hat. Und als 3. Kernpunkt sind die großen Reformen des Rechts durch Sozialdemokraten zu nennen. Die deutschen Sozialdemokraten haben unter Beweis gestellt, daß sie in der Lage sind, über mehrere Perioden hinweg regierungsfähig und mehrheitsfähig zu sein. Sie haben damit einen Durchbruch geschaffen, der die Konservativen bis ins Mark trifft.

Die Uniona-Parteien haben gegenüber Helmut Schmidt und seiner Mannschaft personell und programmatisch nur Dritt- und Viertklassiges zu bieten. Deshalb weichen sie einem fairen Schlag- und Argumentenaustausch aus und suchen ihr Heil in einer Polemik, die auf Bereiche unterhalb der Gürtellinie zielt. Mit ihren böseartigen Verleumdungen und wissentlichen falschen Behauptungen wollen sie über die wirkliche Situation wegtäuschen. Sie wollen aus schwarz weiß und umgekehrt machen. (-/11.8.1976/mie/e)

+ + +

Bekämpfung der Steuerkriminalität macht Fortschritte

Steuerstraftäterkartell wird auf Bundesebene eingerichtet

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Die Steuerfahndungsreferenten der Länder haben beschlossen, für die Steuerfahndungsdienste der einzelnen Bundesländer noch in diesem Jahr eine zentrale Steuerstraftäterkartell einzurichten. Sie wird organisatorisch der Steuerfahndungsstelle Wiesbaden angegliedert. Dadurch wird eine enge Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt, Zoll- und Steuerfahndung gewährleistet werden.

Die Steuerfahndungszentrale wird die Steuerfahndungsstellen und die Straf- und Bußgeldstellen der Länder als Hilfsmittel vor allem unterstützen in der Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerhandlungswidrigkeiten bei überregionaler und internationaler Bedeutung. Damit wird die Strafverfolgung jener Steuerstraftäter erleichtert, die durch ständig wechselnden Wohnsitz an mehreren Orten des Bundesgebietes tätig geworden sind. Außerdem können leichter und schneller Erkenntnisse über die Arbeitsweise der Täter gesammelt werden.

Diese Steuerstraftäterkartell dient der Verbesserung des Informationsaustausches und der Aufklärungsmöglichkeiten von berufsmäßigen Steuerbetrügereien, z. B. bei Vorsteuererschleichungen und Lohnsteuermanipulationen, aber besonders auch bei Abschreibung und Arbeitnehmerüberlassungsfällen. Damit wird gleichzeitig ein Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens gewährleistet.

Mit dieser längst fälligen Anknüpfung und Einrichtung der Steuerfahndungskartell - die Länder haben mit der Verzögerung des Beschlusses ihre Steuerverwaltungshoheit wieder einmal überstrapaziert - werden die von der Koalition geschaffenen gesetzlichen Möglichkeiten der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wirkungsvoll ergänzt. (- 11.8.1976/mie/e)

+ + +

Der CDU-Major und das Soldatengesetz  
-----

Notwendige Hinweise für den Verteidigungssprecher Wörner

Man muß sich mit dem verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, "Schatten"-Verteidigungsminister Dr. Manfred Wörner, befassen. Dieser 41jährige CDU-Politiker aus dem, was man merkt, engen Einflußkreis des CDU-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Dr. Hans Filbinger, hat am 6. August über den offiziellen Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion eine auch verbal sehr massive Kritik gegen den Bundesverteidigungsminister Georg Leber veröffentlichen lassen, weil dieser die Forderung der rd. 800 Jet-Piloten der Bundesluftwaffe nach einer Sonder-Düsenzulage abgelehnt hatte. Mit durchaus einleuchtenden und vertretbaren Argumenten übrigens, die auch in der Bundeswehr breite Zustimmung gefunden haben.

An jenem 6. August, an dem Dr. Wörner in Bonn seine Erklärung fraktionsoffiziell auf den Markt bringen ließ, weilte er auf dem deutschen Luftwaffenschießgelände in Decimomano/Sardinien, wo er einen Teil seiner jüngsten Wehrdienstübung verbrachte, die am 19. Juli begann und am 21. August enden wird. Der Major Wörner befand und befindet sich in dieser Zeit im normalen Unterstellungsverhältnis unter dem Bundesverteidigungsminister und war und ist dem Soldatengesetz unterworfen, in dessen §§ 15 und 17 ganz klare und verbindliche Bestimmungen für das dienstliche und außerdienstliche Verhalten auch des Luftwaffenmajors Wörner festgelegt sind; notabene von demselben Parlament, dem der CDU-Abg. Dr. Wörner seit 1965 angehört. Diese beiden Paragraphen setzen u.a. insbesondere für eine politische Betätigung auch des Majors Dr. Wörner sehr enge Grenzen und verpflichten ihn zu einem ganz bestimmten loyalen Verhalten gegenüber seinen Vorgesetzten, vor allem also gegenüber dem Bundesverteidigungsminister.

Der Major Dr. Wörner weiß natürlich als gelernter Jurist ganz genau, daß er sich mit seiner schriftlich verteilten Kritik am 6. August im vollen Bewußtsein außerhalb der Bestimmungen und Grenzen der §§ 15 und 17 des Soldatengesetzes bewegt hat. Er wird sich fragen las-

ben müssen, wie er sich selbst bei der freilich unwahrscheinlichen Annahme, daß er nach dem 3. Oktober Verteidigungsminister werden sollte, in einem ähnlichen Fall verhalten würde, wie es der von ihm provozierte Vorgang vom 6. August war. Wenn er am 6. August behauptete, die Äußerungen des Bundesverteidigungsministers Georg Leber sprächen "einem guten Führungsstil Hohn", dann ist das, was er sich am 6. August geleistet hat, eine flagrante Verletzung geltender Gesetzesbestimmungen, für deren Einhaltung die CDU/CSU und ihr verteidigungspolitischer Sprecher Dr. juria Wörner sonst bei jeder Gelegenheit auf die politischen Barikaden gehen, vorausgesetzt freilich, daß es sich bei dem Betroffenen um einen Sozialdemokraten oder einen Freidemokraten handelt.

Nur für den Fall, daß Dr. Wörner oder ein von ihm beauftragter Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem dümmlichen Trickhinweis arbeiten sollten, daß am 6. August nicht der Major der Luftwaffe, sondern der verteidigungspolitische Fraktionssprecher den Bundesverteidigungsminister kritisiert hätte, bliebe noch der Hinweis, daß sich alle Fraktionen des Bundestages bereit erklärt haben, acht Wochen vor der Bundestagswahl vom 3. Oktober die Bundeswehr durch ihre Politiker nicht besuchen zu lassen. Der 6. August fiel bereits in diese freiwillige Karenzfrist, und Dr. Wörner befand sich außerdem zu dieser Zeit nicht als CDU-Politiker, sondern als Major auf dem Schießgelände von Decimomannu, wo er aus der FIAT G 91 mit scharfem Schuß übte. (Nur am Rande: Der Major Dr. Wörner wollte auf Staatskosten auch Journalisten mit nach Sardinien fliegen lassen, damit sie dort für die gewiß hochinteressierte Öffentlichkeit den CDU-Politiker in voller Tätigkeit als Major festhalten sollten. So ein bißchen public relations auf Steuerzahlers Kosten für mögliche spätere Zeiten auf der Hardthöhe. Daraus wurde freilich nichts.)

Bleibt noch festzuhalten, daß der Major Dr. Manfred Wörner, der, abgesehen von Sardinien, auf der Waffenschule 50 auf Einsatz-Stabsoffizier trimmt, von vornherein auf die fällige Beförderung zum Oberstleutnant verzichtet hat. Diese Grenze hält er augenscheinlich selbst genau ein.

Rainer Frank  
(-/11.8.1976/bgy/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert